

## Zi-Event „Ausgezeichnete Gesundheit“: Führende Gesundheitspolitiker und Ärzte skizzieren Zukunftsbild der ambulanten Versorgung

### Vertragsärztliche Versorgung braucht echte Reformen: Patientensteuerung, Delegation ärztlicher Tätigkeiten und Telemedizin weit oben auf der gesundheitspolitischen Agenda

„Unsere Gesundheitsversorgung braucht schnellen Wandel. Auch hier stehen wir wie in anderen zentralen gesellschaftspolitischen Bereichen vor enormen Herausforderungen. Verstreicht diese Legislaturperiode ohne neue Weichenstellungen, wird die Bevölkerung in Deutschland Engpässe in der vertragsärztlichen Versorgung sehr deutlich spüren. Wir merken das bereits heute in der Diskussion um Terminengpässe und in politischen Forderungen nach gerechterer Terminvergabe. Wir müssen dies gleichermaßen als Chance und Auftrag verstehen: Reformen, mit denen die ambulante ärztliche Versorgung gestärkt und Investitionen in ihre Zukunftsfähigkeit verstetigt werden, müssen ein Kernthema dieser Legislatur werden. Wir alle müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir die innovative ambulante Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land auf unserem hohen Qualitätsniveau stabilisieren und weiter ausbauen.“

Dies sagte die Kuratoriumsvorsitzende des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) und Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen, **Dr. Annette Rommel**, am Mittwochabend zur Eröffnung des traditionellen Zi-Frühjahrsereignisses „Ausgezeichnete Gesundheit“ vor mehr als 250 Gästen aus Ärzteschaft, Politik und Wissenschaft im Allianz Forum in Berlin-Mitte. Anders als in den Jahren zuvor, standen diesmal Erfahrungen und programmatische Vorhaben der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) für zentrale gesundheitspolitische Weichenstellungen für die ambulante Versorgung in den nächsten vier Jahren im Fokus. Neben einer dringend erforderlichen Steuerung von Patientinnen und Patienten in der Akut- und Notfallversorgung rangieren insbesondere die breitere Delegation ärztlicher Tätigkeiten sowie die Ausweitung telemedizinischer Leitungen ganz weit oben auf der gesundheitspolitischen wie ärztlichen Agenda. Hierzu diskutierten Spitzenvertreterinnen und -vertreter aus Landespolitik und Selbstverwaltung über die drängendsten Herausforderungen in der vertragsärztlichen Versorgung.

Demografischer Wandel und medizinischer Fortschritt auf der einen sowie Fachkräftemangel und Kostendämpfungsmaßnahmen auf der anderen Seite machten ein koordinierendes

Eingreifen unumgänglich, sagte der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), **Dr. Andreas Gassen**, in seiner Keynote Speech. Das habe auch die Politik mittlerweile wohl erkannt. Jetzt müssten die nächsten Schritte konsequent folgen. Dazu gehöre auch, Gesundheitspolitik nicht mehr ausschließlich als Krankenhauspolitik zu verstehen, wie das in der letzten Legislatur der Fall gewesen sei, so Gassen weiter: „Abgesehen von der Notwendigkeit, unser lange als vorbildhaft geltendes Gesundheitssystem für kommende Generationen zu erhalten und weiterzuentwickeln, gibt es noch einen weiteren wichtigen Grund, weshalb die künftige Bundesregierung das Gesundheitswesen nicht als Nebenschauplatz behandeln sollte: Eine funktionierende und von den Menschen als verlässlich empfundene ambulante Versorgung ist auch ein wesentlicher Garant für gesellschaftliche Stabilität. Es ist Zeit für eine Gesundheitspolitik, die die Expertise derjenigen, die die Versorgung sicherstellen, mit einbezieht und Verbindlichkeit auch von Seiten der Patienten einfordert. Tatsächliche oder auch nur gefühlte Probleme wie ständig steigende Krankenkassenbeiträge, das Ausdünnen von Versorgungsstrukturen oder lange Wartezeiten sind Themen, die populistische und extreme Parteien leider nur zu gut für ihre Ziele zu instrumentalisieren wissen. Es liegt auch in unserer aller Hand, die wir heute hier sind, dem etwas entgegenzusetzen.“

**Dr. Ina Czyborra**, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege des Landes Berlin, betonte, dass die Bevölkerung jetzt dringend eine Gesundheitsversorgung aus einem Guss erwarte, ohne verwirrende Umwege und Abbrüche in der „patient journey“. Insbesondere bei der nun anstehenden Reform der Akut- und Notfallversorgung sei es daher wichtig, Themen wie fehlende Gesundheitskompetenz, Stärkung und Verzahnung von Prävention sowie das Auflösen von Sektorengrenzen noch stärker in den gesundheitspolitischen Blick zu nehmen. Gleichzeitig könne Gesundheitsversorgung der Zukunft nicht ohne Digitalisierung gedacht werden.

Auch **Petra Grimm-Benne**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, bekräftigte, dass die Digitalisierung mit einem verstärkten Ausbau telemedizinischer Angebote eine überragende Chance biete, sowohl die Versorgungsqualität als auch die Patientenzufriedenheit weiter zu optimieren. Mit telemedizinischen Netzwerken könne die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten und der sektorenübergreifende Austausch zwischen Krankenhäusern, Hausarzt- und Facharztpraxen maßgeblich verbessert werden. Telemedizin verbessere den Behandlungserfolg, da Spezialwissen landesweit verfügbar sei, Diagnosen schneller gestellt und Therapien eher eingeleitet werden könnten. Gleichzeitig sparten sich Patientinnen und Patienten lange Anfahrtswege zu Arztpraxen und Krankenhäusern. Insbesondere für ältere Menschen im ländlichen Raum biete Telemedizin eine erhebliche Entlastung, machte Grimm-Benne deutlich. Zugleich legte sie Wert darauf, dass solche Angebote aus den Reihen der Vertragsärzte und KVen aus Ihrer Sicht verlässlicher seien als kommerzielle Angebote.

Auch **Katharina Schenk**, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie des Landes Thüringen, verwies auf die überragende Bedeutung der Akzeptanz von digitalen Angeboten für die Gesundheitsversorgung von morgen. Der spezifische Benefit von Digitalisierung und

insbesondere von telemedizinischen bzw. KI-gestützten Diagnoseverfahren müsse für den einzelnen Patienten noch deutlicher herausgestellt werden. Dabei sei es von zentraler Bedeutung, digitale und analoge Versorgungspfade transparent zu machen, statt Hilfesuchende im medizinischen Angebotsdschungel zurückzulassen. Die enge Zusammenarbeit mit der KV in Thüringen spiele eine wichtige Rolle für die Ausgestaltung der medizinischen Versorgung. Darüber hinaus will Thüringen, das turnusgemäß am 1. Januar den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK) übernommen hat, einen besonderen Schwerpunkt auf Prävention und Gesundheitsförderung legen. So sollten beispielsweise Angebote für ein lebenslanges Gesundheitsmanagement etabliert werden.

Das Zi hat zu diesem Veranstaltungsformat bereits zum siebten Mal eingeladen. Die **Vorträge** sowie die komplette **Video-Aufzeichnung** des Abends finden Sie hier:

<https://www.zi.de/service/veranstaltungen/detailansicht/ausgezeichnete-gesundheit-2025>

Ausgewähltes **Bildmaterial** (> axentis.de / Georg J. Lopata) steht hier zum Download und rechtfreien Nutzung bereit: <https://www.picdrop.com/axentis/yzpTaVBzXJ>

**Weitere Informationen:**

Daniel Wosnitzka

Leiter Stabstelle Kommunikation/Pressesprecher

T. +49 30 4005 2449

M. +49 177 852 0204

[presse@zi.de](mailto:presse@zi.de)

---

Das **Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (Zi)** ist das Forschungsinstitut der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in der Rechtsform einer Stiftung des bürgerlichen Rechts. Es wird finanziert durch jährliche Zuwendungen der Kassenärztlichen Vereinigungen. Die Forschungsarbeiten und Studien des Zentralinstituts beschäftigen sich vorwiegend mit der vertragsärztlichen Versorgung unter Nutzung der von den Trägern dafür zur Verfügung gestellten Routinedaten.